



| | |
|----------------------|------------|
| AMT: | 1 |
| Sachgebiet: | 10 |
| Vorlagen.Nr.: | 2022/175 |
| Datum: | 19.09.2022 |

Sitzungsvorlage an den

| | | | |
|----------|------------|------------|------------------|
| Stadtrat | 29.09.2022 | öffentlich | zur Entscheidung |
|----------|------------|------------|------------------|

| | | |
|---|-----------------|---|
| Kitzingen, 19.09.2022 Amtsleitung | Mitzeichnungen: | Kitzingen, 19.09.2022 Oberbürgermeister |
|---|-----------------|---|

| | | |
|-------------|------------------------------------|------------------------|
| Bearbeiter: | Herbert Müller | Zimmer: 2.6 |
| E-Mail: | herbert.mueller@stadt-kitzingen.de | Telefon: 09321/20-1005 |

Wärmeeinsel
Antrag der Bayernpartei

Beschlussentwurf:

des Antragsstellers:

Die Stadt Kitzingen überprüft in einem gut zugänglichen Gebäude eine solche Wärmeeinsel einzurichten, dies könnte beispielsweise im Bürgerzentrum, im ehemaligen Museum oder auch in einem anzumietenden Leerstand der Fall sein.

Die Wärmeeinsel sollten zu regelmäßigen Zeiten geöffnet sein und mit Sitzgelegenheiten ausgestattet werden.

Sollte sich eine soziale Einrichtung dazu bereit erklären eine Tee- und Suppenküche in den Räumlichkeiten zu betreiben, wird die Stadt Kitzingen dies mit einer kostenlosen zur Verfügung Stellung der Räumlichkeiten unterstützen.

Sachvortrag:

Auf den Antrag der Bayernpartei vom 10.07.2022 wird verwiesen.

Der Antrag hat mit Blick auf den bevorstehenden Winter grundsätzlich seine Berechtigung – anderenorts bzw. in anderen Bundesländern wurden bereits Vorkehrungen in diese Richtung getroffen.

Erwähnen muss die Verwaltung, dass bei der Umsetzung einer derartigen sozialen Angelegenheit die Zuständigkeit grundsätzlich beim Landratsamt liegt.

Gleichwohl hat die Stadt Kitzingen als Große Kreisstadt sicherlich eine andere Verantwortung, als kleinere Kommunen im Landkreis.

Sollte der Beschluss mehrheitlich gefasst werden, würde die Verwaltung die Umsetzung angehen und die Verfügbarkeit von Räumlichkeiten prüfen. Wie dies letztlich in der Praxis umgesetzt werden wird, muss auch die Prüfung zeigen. Aus Sicht der Verwaltung braucht es einen „Kümmerer“ vor Ort, idealerweise von sozialen Trägern in der Stadt.

Anlagen:

Antrag der Bayernpartei